

**Protokoll:**

Rm Baum (FBG) betont, dass die Öffnungszeiten der Toiletten zumindest denen der Geschäfte entsprechen sollten.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig verliest die Stellungnahme der Verwaltung (ST/0117/2010).

Rm Wefelscheid (BIZ) weist daraufhin, dass die Toilettenanlage „Bahnhofsvorplatz“ nicht in der Aufführung der Verwaltung aufgezählt sei. Hier sei es in der Vergangenheit zu Vandalismus gekommen, weswegen die Toilettenanlage geschlossen worden sei. Daraufhin wäre die Toilette der Landesbibliothek genutzt worden, wo sich dann die gleiche Problematik entwickelt habe. Die Toiletten dort seien deswegen nun auch für deren Besucher verschlossen, wodurch ein Nachteil für die Bibliothek bestehe. Er bittet, diesem Problem einmal nachzugehen.

Rm Diehl (CDU) legt dar, dass seine Fraktion die Erweiterung der Öffnung am Plan begrüße. Es sei auch wichtig, dass insbesondere für die Besucher der Stadt Koblenz zur BUGA entsprechende Beschilderungen errichtet würden. Er erkundigt sich nach der Kostenregelung und weist darauf hin, dass ein Kleingeldtarif in Betracht zu ziehen sei. Beispielsweise an der Anlage am Konrad-Adenauer-Ufer wäre eine Benutzung gegen Geld sinnvoll. Seine Fraktion sei auch dafür, die Angelegenheit in den Ausschuss zu verweisen und zwar mit den Anmerkungen „Beschilderung“ und „Kosten“.

Rm Altmaier (SPD) bringt vor, sich bereits bei der Koblenz Touristik erkundigt zu haben. Die Toilette am Bahnhofsvorplatz würde demnächst wieder geöffnet und die Idee mit dem Kleingeldtarif sei im Ausschuss bereits erörtert worden, insbesondere für das Konrad-Adenauer-Ufer. Die Gesamtproblematik solle noch einmal vertieft besprochen werden.

Rm Assenmacher (CDU) empfiehlt eine Zusammenstellung der verursachten Kosten durch die öffentlichen Toiletten. Er bringt vor, dass in anderen Städten Verträge mit Gastronomen geschlossen würden, deren Toiletten gegen Entgelt durch die Verwaltung als öffentliche Toiletten dargestellt würden, ohne dass die Kommunen die Anlagen unterhalten müssten. Dies solle auch im Ausschuss erörtert werden.

Der Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Mehlbreuer betont die Notwendigkeit der Entwicklung der Thematik insbesondere im Zusammenhang mit der BUGA und befürwortet die Anregung des Rm Assenmacher.

Sie erinnert in diesem Zusammenhang an einen Antrag aus dem Jahre 2008 „Schängelörtchen/Nette Toilette“, der in den Werkausschuss Koblenz-Touristik verwiesen worden sei. Dort sei er dann „begraben“ und nicht weiter verfolgt worden.

Sie gebe daher auch diese Anregung noch einmal in die Beratung im Ausschuss.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erläutert, was in die Ausschüsse überwiesen werde, werde dort auch beraten. Würde dort etwas abgelehnt, sei es auch verbindlich als abgelehnt zu betrachten. Würde hingegen im Ausschuss eine Beschlussvorlage zur Mehrheit geführt wird, die wieder in den Rat zurückkäme, wäre auch dies verbindlich. Seine Verantwortung als Vorsitzender bestehe darin, ein ordnungsgemäßes Verfahren zu garantieren. Dies wiederum sei wichtig für alle Beteiligten. Die Sicherheit müsse vorhanden sein, dass etwas im Rat nicht abschließend beratenes in den Ausschüssen sachgerecht beraten und gegebenenfalls beschlossen

wird. Eine Ausschussüberweisung sei keine „Beerdigung“, sondern der Versuch den Gegenstand zu einer sachgerechten vertieften Beratung zu führen, in einem Zusammenschluss, in welchem auch mehr Zeit zur Verfügung stehe, sich mit der Thematik zu beschäftigen.